Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Dienstag, den 8. März 1887. Nr. 111.

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung vom 7. März.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Bronsart v. Schellendorff.

Haus und Tribünen sind sehr gut besetzt.

Eingegangen ist die Vorlage betr. die Abänderung des Servistarifs.

Das Haus tritt in die erste Berathung der Militärvorlage.

Kriegsminister v. Bronsart: Es wird wohl nicht erwartet werden, daß ich diese Vorlage eingehend befürworte, lassen Sie uns in dieser Stunde vergessen, was hinter uns liegt, lassen Sie uns nur in die Zukunft blicken. Je größer die Zustimmung für diese Vorlage, desto leichter wird ihr Zweck erreicht. Wenn es jemals wahr ist, wer den Frieden will, bereite den Krieg, so diesmal. Nehmen Sie, das ist meine Bitte, die Vorlage möglichst einstimmig an. (Beifall.)

Abg. v. Bennigsen: Es ist der Wunsch meiner politischen Freunde, daß die Vorlage ohne kommissarische Berathung in wenigen Tagen angenommen werde. Der vorige Reichstag hat der Vorlage auf drei Jahre zugestimmt, die Einigung fehlte nur über die Zeitdauer. Die Frage der Zeitdauer ist jetzt nicht mehr zweifelhaft nach dem Ausgange der Wahlen, drei Parteien sind für das Septennat vorhanden, die Annahme ist gesichert auch ohne die Unterstützung anderer Parteien. Nach dem Ausgange dieses Wahlkampfes glaube ich behaupten zu können, es ist des Reichstags gegenüber dieser Vorlage würdiger, auf den Austrag der Parteifragen jetzt zu verzichten. Gelegenheit für Parteikämpfe werden sich in diesem Reichstage genug finden, bei dieser Vorlage erwartet das Volk, daß wir darauf verzichten. (Beifall.) Dem Reichstage ist unmittelbare Einwirkung auf die Weltlage nicht vergönnt, aber er vermag das Gewicht der Friedensbestrebungen Deutschlands zu verstärken, wenn er, was die verbündeten Regierungen für die Aufrechterhaltung und Vermehrung unserer Stärke erforderlich, was auch das Volk für nothwendig erklärt hat, vollinhaltlich bewilligt. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst: Auch ich bin der Meinung, daß Neues nicht gesagt werden kann. Auch wir sind der Meinung, daß Kommissionsberathung nicht nöthig. Wir würden schon heute unsere Stellung zur Vorlage kundgeben, aber es fehlen uns noch mehrere in den Stichwahlen gewählte Mitglieder — indeß in zweiter Lesung werden wir uns entschieden erklären. Ich hätte gewünscht, daß der Vorredner vom Wahlkampfe gar nicht gesprochen hätte; ich denke über den Wahlkampf anders und muß erinnern, daß wir ja Alles bewilligt haben. (Heiterkeit.) Gründe für die siebenjährige Bewilligung haben wir auch heute nicht gehört, wir werden uns darüber jedoch in einem späteren Stadium zu unterhalten haben.

Abg. v. Helldorf (kons.): Ich stimme damit ganz überein, daß wir uns heute in eine Polemik nicht einlassen sollen, denn das Volk hat durch seine Wahlen bewiesen, daß es vor Allem die Bewilligung des Septennats wünscht. Wir schweben in Gefahr, Gefahr von Außen und von Innen. Denn wir haben Vertreter des deutschen Volkes, von denen es uns doch sehr zweifelhaft ist, ob sie wirklich das deutsche Volk vertreten. Wir haben in Deutschland Leute, die nicht mehr auf vaterländischem Boden stehen, sondern auf internationalem. Das ist Gefahr im Innern, die uns umschwebt. In diesem Augenblicke seien Erörterungen staatsrechtlicher Natur nicht angezeigt, lassen Sie uns praktische Entscheidungen treffen und dieser Vorlage zustimmen — es ist jetzt nicht die Zeit, einen Konflikt heraufzubeschwören. Kämpfe wirthschaftlicher, sozialer, religiöser Natur umgeben uns — sie auszukämpfen ist nur möglich, wenn wir die Grundlage des Reiches sichern und diese Vorlage annehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Unser Standpunkt gegenüber der Vorlage hat sich nicht seit Auflösung des Reichtages geändert, wir werden deshalb den Antrag Stauffenberg wieder einbringen und uns gegen das Septennat entscheiden; wir werden auch unsere Resolution wiederholen und die Deckung der Militär-Vorlagekosten durch eine Reichs-Einkommensteuer decken. Ich wiederhole, was ich bei der zweiten Lesung bereits gesagt habe: würden wir wie 1870 wieder trotz unserer Friedens-Politik einen Angriff auf Deutschland zu gewärtigen haben, so würden wir ohne Zaudern, ohne kommissarische Berathung Alles bewilligen, was verlangt wird. Man weist auf die parlamentarischen Körperschaften des Auslandes hin, die debattelos die Militär-Vorlagen bewilligt haben. Das hat der deutsche Reichstag aber auch gethan, wenn es Noth that, und darauf basirt doch die Stärke unseres Heeres. Und ebenso werden wir im Etat für das Heer bewilligen was als nothwendig gefordert wird. Deshalb ist es unberechtigt, wenn die Thronrede sagt, daß durch unsere Haltung Zweifel an dem Patriotismus Deutschlands entstehen könnten. Am 12. Dezember hat der Kriegsminister selbst anerkannt, daß im Kriegsfalle uns eine andere, weit akutere Vorlage gemacht werden würde. Ich habe bereits bei der früheren Berathung der Vorlage der Anschauung Ausdruck gegeben, daß wir in einen Krieg verwickelt werden könnten. Ich habe erklärt, daß wir für das Kriegsheer nichts versagen werden. Bei dieser Vorlage aber handelt es sich gleichzeitig doch auch um die Frage der Dienstzeit. Im Volke ist man der Ansicht, daß eine Verkürzung der Dienstzeit nöthig und möglich ist. Deshalb mußte sich bei dieser so weitgehenden Erhöhung der Friedens-Präsenzstärke uns diese Frage besonders aufdrängen und an die Entscheidung dieser Frage knüpften all unsere Anträge an. Wenn uns dagegen militärische Autoritäten entgegengestellt wurden, so mußten wir darauf erwidern, daß in solchen Fragen nicht die militärische Antorität zu entscheiden hat. (Der Reichskanzler tritt in den Saal.) Fürst Bismarck hat neulich im Herrenhause gesagt, officium trahit; wer ein Ressort verwaltet, sucht dafür die größten Mittel zu erwerben, das ist natürlich. Wir haben trotz alledem bei der zweiten Berathung der Vorlage auf unsere Anträge verzichtet und die unveränderte Vorlage auf drei Jahre bewilligt. Ich hätte gewünscht, die Regierung hätte sich mit dieser Bewilligung zufrieden gegeben, dann wäre jene Bewilligung mit $^{7}/_{8}$ Majorität erfolgt. Statt dessen hat man eine Majorität für das Septennat in einem heftigen, leidenschaftlichen Wahlkampf gesucht; ich würde es für falsch erachten, heute auf diesen Wahlkampf einzugehen, das würde unnütz die Gegensätze verschärfen. — Das Septennat wird angenommen werden und die Lasten desselben werden auf 7 Jahre zu tragen sein. Ich kann mich jedoch der Hoffnung nicht entschlagen, daß vor Ablauf des Septennats sich eine Regierung finden wird, die bereit ist von selbst die Verkürzung der dreijährigen Dienstzeit vorzuschlagen — das würde in vielen Kreisen begrüßt werden, auch in solchen, die jetzt gegen uns entschieden haben.

Abg. v. Kardorff (deutsche Reichspartei): Der Vorredner hat wieder das Reichs-Einkommensteuer-Projekt angekündigt — es ist sehr leicht, ein Steuerprojekt anzukündigen, von dem man weiß, daß es doch keine Annahme findet. (Sehr richtig, rechts.) Wir stellen die finanzielle Frage bei dieser Vorlage keineswegs in den Vordergrund — für die Vertheidigung des Landes müssen wir Geld haben. Auch halten wir es nicht für angemessen, die Frage der Verkürzung der Dienstzeit zu verzwicken mit dieser Vorlage. Ebenso wie gegen dieses Bestreben haben wir uns in voriger Session gegen das Bestreben der Opposition erklärt, die nach Erweiterung der Parlamentsherrschaft strebte in einem Momente der Gefahr des Vaterlandes. Wir müssen dem Abg. Windthorst dafür danken, daß wir in Folge seiner Parteitaktik jetzt einen nationalen Reichstag haben (Beifall rechts), wir werden jetzt streben, diese nationale Majorität zu bewahren und wir werden alle Fragen unter diesem Gesichtspunkte behandeln. (Beifall rechts.) Wir hoffen jetzt sogar, daß das Zentrum, wenn erst die Mitglieder aus der Stichwahl da sind (Heiterkeit), für das Septennat stimmen — wir werden dann den Anblick haben, daß eine große Majorität für die Vorlage eintritt.

Abg. Singer (Sozialdemokrat) erklärt unter der Unruhe des Hauses, daß seine Partei denselben Standpunkt der Vorlage gegenüber einnehmen wird, wie bisher. Die Steuerlasten des Volkes seien so hoch, daß sie nicht noch durch den Druck einer solchen Vorlage vermehrt werden dürfen. An diese Vorlage Betrachtungen über den Wahlkampf zu knüpfen, sei nicht rathsam, die Wahlakten des Hauses würden genügend den Hergang bei dieser Wahl kennzeichnen. Aber doch habe die Sozialdemokratie 300,000 Stimmen gewonnen, der beste Beweis, daß ihre Parole: „keinen Mann und keinen Groschen!“ richtig gewesen sei. Der Reichstag, der einzige Ort, in dem überhaupt noch offen gesprochen werden dürfe, müsse von den Sozialdemokraten benutzt werden, um die Aufklärung zu verbreiten. Sie seien mit dem Wahlergebniß zufrieden, wiewohl ein Verbrechen an der Wahlfreiheit des Volkes diesmal begangen worden: wenn der Reichstag seine bisherige Praxis befolge, so werde er zwei Drittel der Mandate für ungültig erklären müssen. (Gelächter.) Die Folge dieser Wahl würden neue Steuern sein, diese Steuerfragen würden vor Allen die Arbeit des Reichstages in Anspruch nehmen. Die Nothwendigkeit der Vorlage sei ihnen bewiesen; dieser Majorität gegenüber sage auch seine Partei: Diese Majorität imponirt uns nicht.

Abg. Dr. Reichensperger (Zentrum) behält sich die Erklärung über seine Stellungnahme bis zur zweiten Lesung vor.

Das Wort wird weiter nicht begehrt, die erste Berathung der Vorlage ist damit beendet.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Etatsberathung.

Schluß $2^{1}/_{2}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 7. März. Gestern Nachmittag sind

Feuilleton.

Arbeiten des deutschen und des preußischen Zentralkomitees vom Rothen Kreuz.

Am 26. Februar d. J. fanden Sitzungen des deutschen und des preußischen Zentralkomitees vom Rothen Kreuz statt, in welchen wichtige Beschusse gefaßt wurden.

Im Vordergrunde stehen jetzt diejenigen Maßnahmen, welche mit Rücksicht auf den bevorstehenden Anschluß der freiwilligen Krankenpflege an den Militär-Sanitätsdienst von den Vereinen zu tre⸗en sind, um den Anforderungen des königlichen Kriegsministeriums zu entsprechen.

Das deutsche Zentralkomitee beschloß die Errichtung einer Stelle, welche für die Vorbereitung des vorschriftsmäßigen Sanitäts-Materials auf Grund des amtlichen Nachweises Sorge tragen und die Mustersammlungen der Provinzial-, Bezirks-, Kreis- und größeren Ortsvereine mit demselben auszurüsten, beziehentlich die Anlage solcher Sammlungen an den betreffenden Punkten veranlassen soll. Es wurde für diese Zwecke eine Kommission von sachverständigen Mitgliedern mit dem Rechte der Kooptation eingesetzt, der auch Vorstandsmitglieder des Vaterländischen Frauenvereins angehören sollen; und zwar auch Damen, um die Anfertigung der von Frauenhand herzustellenden Verbandsmittel und Lazarethwäsche zu leiten und zu überwachen.

Die Bemühungen des Zentralkomitees um eine vermehrte Bereitstellung von Krankenpflegern und Krankenpflegerinnen werden von dem Herrn Kriegsminister wie von dem Herrn Kultusminister wohlwollend unterstützt. Ersterer hat einen Leitfaden für die Ausbildung von freiwilligen Krankenpflegern entwerfen lassen, Letzterer hat genehmigt, daß dieselben an den Universitätskliniken ihre technische Ausbildung fördern können. Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten hat der Genossenschaft der freiwilligen Pfleger des Rauhen Hauses für ihre Ausbildungszwecke freie Eisenbahnfahrt gewährt, wie er schon früher eine Ermäßigung des Fahrpreises für Delegirte der Rothen Kreuz-Vereine zu Reisen im Vereinsinteresse (General- und Delegirtenversammlungen) bewilligt hatte.

Wir machen auf diesen Umstand mit Rücksicht auf die am 25. März c. bevorstehende Generalversammlung des preußischen Vereins zur Pflege verwundeter Krieger und des Vaterländischen Frauenvereins hier besonders aufmerksam.

Den evangelischen Genossenschaften, welche dem Zentralkomitee für die Bereitstellung von Sanitätspersonal zur Seite stehen, ist, auf besondere Vermittelung des erzbischöflichen Delegaten, Propstes Aßmann, eine ganze Reihe katholischer Kongregationen gefolgt. Dieselben sind im Bedürfnißfall bereit, sehr zahlreiche Schwestern für die Aufgaben der freiwilligen Krankenpflege zur Verfügung zu stellen. Herr Propst Aßmann, welcher kürzlich als Mitglied in das Zentralkomitee getreten ist, wird diese erfreulichen Erfolge noch weiter fördern. Sie wurden in der Versammlung mit ganz besonderer Genugthuung begrüßt.

Das deutsche Zentralkomitee genehmigte ferner das Gutachten, welches sein Ausschuß für internationale Fragen über einen Antrag des russischen Zentralkomitees erstattet hatte. Der Antrag ging dahin, daß das gemeinsame internationale Komitee der Landesvereine des Rothen Kreuzes in ein völkerrechtlich anerkanntes Organ umgestaltet und zu diesem Ende Anträge an die Regierungen gerichtet werden möchten. Ueber diese Frage wird auf der am 19. September d. J. in Karlsruhe zusammentretenden internationalen Konferenz Beschluß gefaßt werden.

Das preußische Zentralkomitee beschloß in seiner Sitzung vom 26. Februar die Einberufung der statutenmäßigen Generalversammlung, welche seit 1884 nicht mehr stattgefunden, auf den 25. März, auf denselben Tag, an welchem die Delegirtenversammlung der Vaterländischen Frauenvereine zusammentritt. Dadurch wird eine gemeinschaftliche Berathung der beiderseitigen Delegirten über die wichtigste Frage ermöglicht, welche seit Gründung des preußischen Rothen Kreuzes an dasselbe herangetreten ist, über die Frage des Anschlusses der freiwilligen Krankenpflege an den Sanitätsdienst der Armee.

Eine baldige Entscheidung über die gemeinsame Organisation und die gemeinsamen Leistungen der Männer- und Frauenvereine für diesen Zweck ist Angesichts der ernsten Lage unabweislich nothwendig. Es handelt sich um die patriotische Aufgabe, unserem Heere eine ausreichende brauchbare Sanitätsreserve zu verschaffen.

Die Organisation der Männervereine hat im letzten Jahrzehnt zum größten Theile geruht. Ueber ihre Thätigkeit ist sogar seit 1872 von der Zentralstelle kein Bericht erstattet worden. Im Gegensatz dazu ist die Organisation der Frauenvereine voll Leben; aber ihre Thätigkeit den Zwecken des Rothen Kreuzes fast ganz abgewandt.

Für die Generalversammlung wird eine Uebersicht der Organisation beider großen Vereinswesen, welche in übereinstimmender Weise gegliedert sind, ganz unentbehrlich sein. Dem königlichen Militär-Inspekteur, wie dem Militär-Sanitätsdienst ist sie ebenfalls erforderlich. Eine solche Uebersicht soll denn auch, dem Beschlusse des Zentral-Komitee's vom 26. Februar cr. gemäß, bald vorbereitet werden. Für die vaterländischen Frauenvereine ist sie bekanntlich in den Tabellen des Jahresberichts ihres Hauptvorstandes in musterhafter Weise aufgestellt und wird mit den Vermögens- und Leistungsnachweisen der Vereine alljährlich erneuert.

Von Seiten der Männervereine wäre es nunmehr dringend wünschenswerth, daß ihre Provinzial-, Bezirks- und Kreisvorstände rechtzeitig das Material sammelten, um der Zentralstelle Auskunft darüber geben zu können, welche von den in den Listen geführten (etwa 350) Vereine wirklich noch am Leben sind, beziehentlich weiter in Wirksamkeit treten könnten. Auch eine Statistik der vorhandenen Fonds der Vereine, ihrer Mustersammlungen, ihres etwaigen Antheils an Lazarethen, ferner der Verabredungen, welche von ihnen mit den Frauenvereinen über gemeinschaftliche Leistungen schon getroffen oder vorbehalten sind, würden im höchsten Grade dankenswerth sein und die Aufgaben der Generalversammlung wesentlich fördern.

Vor Allem aber kann allen Mitgliedern der Männervereine die Betheiligung an der Generalversammlung vom 25. März d. J. im Hinblick auf deren wichtigen patriotischen Zweck nicht dringend genug an's Herz gelegt werden.

die drei Präsidenten des Reichstages zunächst von dem Kaiser empfangen worden. Nach huldvoller Begrüßung der Herren bemerkte der Kaiser, es sei ihm schwer geworden, den letzten Reichstag aufzulösen, doch sei er dazu genöthigt gewesen, da die Opposition, trotz der von ihm befohlenen offenen Darlegung hinsichtlich der numerischen Ueberlegenheit der Nachbarn, die Militärvorlage in dem als unabweisbar nothwendig erkannten Umfange abgelehnt hätte. Man hätte hoffen müssen, daß eine solche Vorlage nach dem Beispiel Frankreichs einstimmig zur Annahme gelangt wäre, allein diese Hoffnung wäre getäuscht worden. Um so erfreulicher sei es, daß man sich jetzt bestimmt der Erwartung hingeben dürfte, die Vorlage mit großer Majorität angenommen zu sehen. Bezüglich der Stellung zum Papste, auf welche der Kaiser besonderes Gewicht legte, betonte der Monarch, er habe schon bei der Thronbesteigung des Papstes dessen friedlichen Sinn erkannt und ihn deshalb auch in dem Streit um die Karolinen-Inseln zum Schiedsrichter angerufen. Diese Friedensrichtung des Papstes berechtige den Kaiser auch zu der Hoffnung, daß sich die kirchlichen Wirren bald friedlich lösen würden. Hierauf unterhielt sich der Kaiser in huldvollster Weite mit den einzelnen Herren und verabschiedete dieselben mit dem Wunsche gedeihlicher Ergebnisse der Reichstagsarbeiten. Darauf wurden die Präsidenten Ihrer Majestät der Kaiserin vorgestellt; heute Nachmittag 4 Uhr wird der Empfang derselben bei dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin stattfinden.

— Unter den Gästen des königlichen Hofes, welche zum Geburtsfeste Sr. Majestät des Kaisers hierher kommen, werden sich auch der König und die Königin von Rumänien befinden. Man spricht auch von der Hierherkunft des Großfürsten und der Großfürstin Wladimir. Sicher ist die Absendung des Großfürsten Michael von Seiten des Kaisers Alexander III. Gewöhnlich wird der Geburtstag des Kaisers von Rußland an unserem Hofe durch ein Festmahl begangen. Da dieser Tag auf den Geburtstag der hochseligen Königin Luise fällt und dieser an unserem Hofe zum stillen Gedenktag geworden, so wird die Galatafel zu Ehren des russischen Kaisers auf den Tag darauf als den Festtag verlegt werden, wogegen die Donnerstag Soiree der Kaiserin am Mittwoch stattfinden wird. Wie man hört, wird am 16. d. M. zu Ehren der Ankunft des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich-Ungarn im Palais eine größere Soiree stattfinden.

— Die bulgarische Regierung hat sich an die Bemühungen der Mächte, einen Aufschub der Vollstreckung der gegen die gefangen genommenen Führer der Meuterei in Rustschuk gefällten Todesurtheile zu erwirken, nicht gekehrt. Die Hinrichtungen sind gestern früh erfolgt. Es liegen darüber folgende Meldungen vor:

Bukarest, 6. März. Nach hier aus Rustschuk eingegangenen Nachrichten wären die wegen der Theilnahme an dem Militäraufstande daselbst zum Tode verurtheilten Offiziere, mit Ausnahme des Kapitäns Bolman, welcher russischer Unterthan ist, und eines anderen Offiziers, heute Morgen 5 Uhr in Rustschuk hingerichtet worden. Morgen werde das Kriegsgericht über die am Aufstande betheiligten Unteroffiziere und Soldaten das Urtheil sprechen.

Sofia, 7. März. Das amtliche Blatt meldet, an den in Rustschuk zum Tode verurtheilten 8 bulgarischen Offizieren sei das Todesurtheil vollstreckt worden. Kapitän Bolman, der ebenfalls zum Tode verurtheilt worden, sei russischer Unterthan und deshalb dem deutschen General-Konsul überwiesen. Das Blatt fügt hinzu, daß nach der Vollstreckung des Urtheils der deutsche Generalkonsul der Regentschaft eine Note zugestellt habe, in welcher es heiße, daß nach Informationen, welche ihm durch Hitrowo zugegangen seien, 7 von den mit den Waffen in der Hand ergriffenen Offizieren, von denen bereits an zweien das Urtheil in Rustschuk vollstreckt wäre, russische Unterthanen seien; dieselben seien auch als solche zu behandeln. Die Regentschaft erwiderte, daß mit Ausnahme Bolman's alle bulgarische Unterthanen seien, was dieselben beim Verhör zugestanden hätten.

Es scheint, daß die Regentschaft geneigt sei, gegen die übrigen wegen Betheiligung am Aufstande verurtheilten Militär- und Zivilpersonen Gnade zu üben.

Sofia, 7. März. Laut amtlicher Bekanntmachung der Regierung sind gestern früh 9 Offiziere, darunter Ponow und Usunow, in Rustschuk erschossen worden.

Das Vorgehen der bulgarischen Regierung zeigt, daß sie allmälig entschlossen ist, sich von der bisherigen Rücksichtnahme auf Rußland und die übrigen Mächte zu emanzipiren. Der Einleitung eines ernstlichen Versuches, sich mit Rußland auszusöhnen, sieht die Vornahme von Exekutionen jedenfalls nicht gleich, wenn auch von der Hinrichtung des einen russischen Unterthanen abgesehen sein sollte.

Nicht ohne Spannung sieht man der Aufnahme entgegen, welche die Exekutionen in Rustschuk in Petersburg finden werden.

Anscheinend dürften die Bemühungen der Mächte, die bulgarischen Angelegenheiten zu ordnen, unter allen Umständen durch die letzten Vorgänge einen neuen Anstoß erhalten haben. So schreibt ein französischer Offizier der Wiener „Politischen Korrespondenz" aus Paris vom 5. d. M.:

„In den politischen Kreisen Frankreichs erblickt man in den bulgarischen Unruhen, die in Paris als keineswegs abgeschlossen gelten, für die europäischen Mächte nur einen weiteren Grund, zur Sicherung des europäischen Friedens in fester und entschiedener Weise auf die bulgarische Regierung dahin einzuwirken: daß sie sich die Verständigung mit der Pforte und dadurch eventuell mit Rußland dringend und selbst um den Preis ihres Rücktritts angelegen sein lasse. Zweifellos habe die Regentschaft sich große Verdienste um das Land erworben und demselben unanfechtbaren Nutzen gebracht; allein jetzt bilde sie nicht blos ein Hinderniß der diplomatischen Verständigung Europas, sondern, wie sich gezeigt habe, auch der Beruhigung Bulgariens selbst, so daß sie aus patriotischen Gründen ihre Mission für beendet anzusehen und ihre Mandate in die Hand der Sobranje zurückzulegen hätte. Man würde in französischen Kreisen wünschen, daß die Pforte oder das russische Kabinet die Initiative zu rascher Veranlassung einer diplomatischen Aktion Europas in diesem Sinne ergreife und würde eine solche nicht nicht blos selbst willig und mit Eifer unterstützen, sondern meint auch im Besitze von Anzeichen zu sein, daß sie der Zustimmung und Mitwirkung fast aller europäischen Mächte sicher sein dürfte."

Es wird sich zeigen müssen, welchen Einfluß dieser französische Fühler auf Rußland hat. Jedenfalls haben die Exekutionen in Rustschuk die Schattenseite der Politik des Abwartens illustirt.

— Ein Theil des Pondolandes in Südafrika ist in das Besitzthum von Deutschen übergegangen. Die Konferenz wurde am 20. Juni 1885 zwischen dem König Umquixela und Herrn Nagel abgeschlossen. Das Land liegt zwischen dem 29. und 30. Grad östlicher Länge von Greenwich und dem 31. und 32. Grad südlicher Breite. Von länglicher rechteckiger Gestalt erstreckt es sich längs der Meeresküste von der Mündung des Umzimvubu (St. Johnflusses) bis zur Mündung des Nbaziflusses. Der Gesammtflächeninhalt beträgt vertragemäßig nicht weniger als 160 englische Quadratmeilen. Aus einem uns zugegangenen Zirkular ersehen wir, daß die jetzigen Besitzer des Landes eine nochmalige freundliche und eingehende Untersuchung des in Rede stehenden Gebietes durch eine zu diesem Zwecke auszurüstende Expedition für erforderlich halten. Das Territorium wird als sehr ertragreich und gesund geschildert.

— In den Bundesstaaten sollen statistische Aufnahmen in Bezug auf das Heilpersonal, das pharmazeutische Personal und die pharmazeutischen Anstalten nach dem Stande vom 1. April 1887 ausgeführt werden.

Kulmbach, 5. März. Für Schauß in der Stichwahl bis jetzt gezählt 7291 Stimmen, für Pezold 6522; doch steht noch eine größere Anzahl Orte aus.

Ausland.

Paris, 4. März. Den hiesigen Blättern wird es sichtlich schwer, angesichts der deutschen Thronrede einzugestehen, daß Deutschland auch in den jüngsten Wirren seine Rolle als europäischer Friedenswalter trotz der gegentheiligen französischen Ausstreuungen getreulich durchgeführt hat und daß es nicht leere Worte waren, wenn behauptet wurde, das Septennat sei der Friede. Man ist hier überhaupt in einiger Verlegenheit, wie man die durch die deutschen Wahlen geschaffene neue Lage beurtheilen soll, denn einen so glänzenden Sieg, wie ihn die deutsche und nationale Sache diesmal erfochten, hatte man nicht erwartet. Die „Liberté" macht heute einen Vorschlag zur Schlichtung der europäischen Streitigkeiten, der für die französische Anschauung zu kennzeichnend ist, als daß man ihn unerwähnt lassen sollte. Ein allgemeiner Kongreß soll die Regelung der Dinge in die Hand nehmen. „Wo sind", so ruft das Blatt aus, „die Staatsmänner, welche uns einen neuen westfälischen Frieden geben, um das europäische Gleichgewicht auf lange Zeit hinaus zu sichern, oder neue Verträge wie die von 1814, die uns die Bürgschaft für mehr denn 50 Jahre des Friedens und des Wohlstandes zu bieten vermögen?" Der westfälische Friede lieferte bekanntlich das Elsaß ohne Straßburg an Frankreich aus und die Wiener Verträge erniedrigten Deutschland trotz seiner großartigen Waffenthaten zu einem machtlosen Staatenhaufen. Heute haben sich die Dinge gottlob gewandt, und wenn Frankreich aufrichtig den Frieden will, so braucht es nur zu erklären, daß es die von der Geschichte besiegelte Wendung jetzt und für alle Zeiten anerkennt.

London, 3. März. Die 2000 Lstr. betragenden Kosten des Prozesses gegen Dillon und Genossen sind jetzt völlig aufgebracht. Die Sammlungen für diesen Zweck sind deshalb geschlossen worden.

Der fanatische Haß der Protestanten und Katholiken gegen einander hatte gestern Morgen in der Frühe wieder ernstliche Ruhestörungen in der irischen Stadt Lurgan zur Folge. Die Gefahr eines Zusammenstoßes erkennend, hatte die Polizei des Ortes, als die Katholiken in der Nacht einen Umzug hielten, das protestantische Viertel durch 12 an der Edwardstraße aufgestellte Konstabler absperren lassen. Als der Zug jedoch an die Stelle kam, suchten die Katholiken mit Gewalt weiter zu dringen. Den Knütteln der Polizisten gelang es anfangs die Menge zu vertreiben, bis sie zahlreicher zurückkehrte und die Konstabler von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Eine Frau und ein Mädchen wurden verwundet. Sobald die Polizei ihre Revolver zum zweiten Male lud, floh die Menge nach allen Windrichtungen.

Petersburg, 3. März. Die Ankunft des Odessaer Generalgouverneurs, Generals v. Roop, in Petersburg wird mit der, wie es heißt, bevorstehenden Uebersiedelung des Hofes nach Livadia in der Krim in Zusammenhang gebracht. Für die Glaubwürdigkeit des Gerüchts sprechen aus Sebastopol vorliegende Meldungen. Dort werden die Arbeiten an dem Panzerschiff „Sinop" auffallend beschleunigt und weder an Festtagen noch Nachts ausgesetzt. Es läge für diese Eile kein Grund vor, falls der Zar dem Stapellauf nicht beizuwohnen beabsichtigte, der im Mai stattfinden soll.

Im Finanzministerium haben die Berathungen über Einführung der Tabak-Regie begonnen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. März. Der Justizminister theilt den Gerichten von Amtswegen ein Erkenntniß des Reichsgerichts mit, wonach eine von einem Erblasser im Testamente bestätigte und aufrechterhaltene Schenkung der Erbschaftssteuer unterliegt. Der Fall, um welches es sich hier handelt, ist um so bemerkenswerther, als es sich dabei um eine letztwillige, sich als „Aufklärung" der Erben bezeichnende Mittheilung handelt, wonach die Erblasserin berichtet, daß sie bei Lebzeiten ihren Neffen Werthpapiere geschenkt hat, letztere daher nicht mehr zu ihrem Nachlasse gehören. Nach der Auffassung der Steuerbehörde unterliegt diese Erklärung als Beurkundung einer Schenkung der Versteuerung, die der Testamentsvollstrecker nicht anerkennt und deshalb Klage erhoben hat. Der erste Richter hat verurtheilend, der zweite Richter auf die Berufung des Verklagten abweisend erkannt. Gegen das letztere Urtheil hat sich der Kläger an das Reichsgericht gewandt, welches die Berufung zurückgewiesen hat. Das Reichsgericht tritt dem zweiten Richter bei, daß der verfügende Sinn der Erklärung schon darin zu finden sei, daß durch dieselbe ein Beweismittel für das Geschehensein der Schenkung geschaffen sei. Der Zweck der stattgefundenen Beurkundung sei für die gegenwärtige Beurtheilung unerheblich, denn für die Steuerpflichtigkeit einer Urkunde sei nicht der Zweck ihrer Ausstellung, sondern ihr objektiver Inhalt maßgebend und dieser dahin festgestellt worden, daß durch die Erklärung die Bestätigung und Anerkennung der Schenkung zum Ausdruck gelangt ist.

— Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind die seitens des hiesigen Magistrats für dieses Jahr in Submission vergebenen Bagger-Arbeiten für das Hafengebiet an den Schiffsrheder W. Gramens hier als den Mindestfordernden vergeben. Besitzern, deren Grundstücke am Wasser liegen, bietet sich dadurch die bequemste Gelegenheit, dieselben durch Aufkarren von Baggerboden zu erhöhen.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Benefiz für Frau Koch-Egger. „Weibererziehung." Lustspiel in 4 Akten. Hierauf: „Die Verlobung bei der Laterne." Operette in 1 Akt.

Mittwoch. Stadttheater: „Der Rattenfänger von Hameln." Große Oper in 5 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— Ein mysteriöses Verbrechen hat, wie der „N. Fr. Pr." aus Venedig vom 1. d. Mts. geschrieben wird, den Vorort San Marziale in Aufregung gebracht. In der ersten Mittagsstunde wurden nämlich aus einem der Häuser der Via della Misericordia Hülferufe, dann ein furchtbarer Schrei gehört, welchem plötzlich tiefe Stille folgte. Auf die ersten Hülferufe hin hatte ein Sicherheitswachmann sofort versucht, in das Haus einzudringen, allein umsonst, denn das Thor war verschlossen und kein Läuten nützte. In Folge dessen wurden Leitern angelegt, und man drang durch das Fenster in das Innere des Hauses. Hier bot sich in einem Zimmer des ersten Stockwerkes den Eintretenden ein grauenhafter Anblick. Die junge, bildschöne Schuhmachers-Gattin Sagre, die von ihrem Manne getrennt lebte, lag todt mit durchschnittenem Halse in ihrem Blute. Neben ihr lag ebenfalls mit durchschnittenen Halsadern ihr erster Geselle, mit welchem die Ermordete in intimem Verhältnisse gelebt, in den letzten Zuckungen. Kein Messer, keine Waffe wurde vorgefunden. Ein Selbstmord ist somit ausgeschlossen. Unbegreiflich aber ist die Flucht des Mörders, da, wie gesagt, auf die ersten Hülferufe hin Sicherheitswache schon bereit war, und das Hausthor bis zur Entdeckung der Schreckensthat immer verschlossen blieb. Das Volk bezeichnet den Gatten der Ermordeten als den Thäter.

— Von den Schreckenstagen in Nizza berichtet eine Wiener Sängerin Folgendes: „Von einem Balle heimgekehrt, war ich, vom Tanzen ermüdet, rasch eingeschlafen. Da wurde ich von einem starken Stoße jäh aus dem Schlafe geweckt, das Haus wankt, es zittert und kracht in allen seinen Fugen; dazu saust und braust es wie Donnergrollen in Luft und Erde. Rasch aus dem Bette springend, eilte ich zum Fenster, um zu sehen, was es gab, denn an ein Erdbeben hatte ich noch nicht gedacht. Der Himmel war blutigroth. Menschen stürzten aus dem Hotel auf die Straße — ein entsetzlicher Aufruhr! Ich fühlte eine Gefahr, wußte jedoch noch nicht, wo sie zu suchen sei. Von einer unbestimmten Angst getrieben, eilte ich zur Thür, um möglichst rasch auf die Straße zu gelangen. An eine vollständige Toilette war in einer solchen Situation selbstredend nicht zu denken. Die Thür aber fand ich verrammelt, die Pfosten gebrochen, eine Barrikade von Schutt und Trümmern ist vor die Thür gelagert — ich bin gefangen. Soll ich vom zweiten Stockwerk auf die Straße springen? Ich schreie in meiner Verzweiflung zum Fenster hinaus um Hülfe. Und endlich, nach minutenlang währendem Bangen kamen Leute, welche vor der Thür die Schutt- und Steinmassen wegräumten und mir die Freiheit wiedergaben. Ich eilte hinab ins Vestibule und fand da alle Hotelgäste. Alles ringt die Hände, weint, jammert und geberdet sich wie verzweifelt. Da plötzlich, genau um halb 6 Uhr früh, begann ein furchtbares Dröhnen, Poltern und Krachen — die Treppe, über welche ich vor einem Augenblick heruntergeeilt, ist eingestürzt. . . Die gewaltigen Stöße hatten 28 Sekunden gedauert, aber nachher zitterte und bebte es immer noch fort, bis nach etwa acht Minuten das zweite heftige Erdbeben folgte, welches sich durch kurze Stöße charakterisirte. Ich nahm nun eine Decke um mich und trat auf die Straße. Den ganzen Tag über zitterte die Erde fort und man bekam das Gefühl der Seekrankheit. Nicht Alle waren so glücklich gewesen wie ich. Ein Engländer stürzte sich in seiner Angst vom dritten Stockwerke auf die Straße und brach den Fuß; ein anderer beschädigte sich, als er versuchte, an Leintüchern sich herabzulassen. Tödtlich langsam verging uns endlich der Tag und meine Lage wurde immer trostloser: Halbe Kleidung, nichts zu essen und kein Obdach für die Nacht, dazu kam noch, daß in der allgemeinen Verwirrung mir ein Geldbetrag von 1000 Franks nebst meinen Brillantohrgehängen entwendet wurde, was mich fast ganz hüflos machte: Ich telegraphirte nach Wien um Geld, und in der sicheren Erwartung, solches zu erhalten, miethete ich für die Nacht einen Fiaker für 60 Franks, nicht aber um zu fahren, sondern um darin zu schlafen. Diesem Zwecke dienten fast alle Wagen, die in einer Reihe die Straße entlang aufgestellt waren. Die in Nizza heimathberechtigten Banditen wütheten überdies in der allgemeinen Trostlosigkeit furchtbar gegen die Fremden. Zahllosen Menschen wurden ihr Geld und ihre Werthsachen gestohlen, einer Russin zum Beispiel, die in Monte Carlo oft am Spieltisch zu sehen war, sogar ein Betrag von 60,000 Franks. Dies aber focht sie nicht an; aus Rußland kam bald neues Geld und sie trug es nach dem Saale, wo die Roulette auch in dieser schrecklichen Zeit ihr Rollen nicht einstellte. Monte Carlo liegt auf hartem, steinigem Boden; das Erdbeben wurde auch hier, wenn auch in schwächerem Maße verspürt. Der Speisesaal erzitterte, die Roulette machte tolle Sprünge, aber das Spiel wurde fortgesetzt mit derselben Leidenschaft noch wie vor.

— In Düsseldorf leben gegenwärtig vier Geschwister, welche zusammen 333 Jahre zählen. Die Einzelnen partizipiren an der Gesammtsumme mit 80, 82, 84 resp. 87 Jahren. Alle vier Personen erfreuen sich noch ganz vortrefflicher Gesundheit.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Posen, 7. März. Der Weihbischof Dr. Cybichowski-Gnesen ist im Alter von 53 Jahren gestern gestorben.

Wien, 7. März. Nach den hier eingetroffenen Depeschen aus Bukarest beträgt die Zahl der in Rustschuk hingerichteten Aufständischen nicht 8, sondern 22, darunter auch 6 Zivilisten. Benderew, Gruew, Nebolsin flüchteten nach Orsowa, wo sie die Versicherung gegeben haben, daß alsbald eine Wiederholung der gescheiterten Insurrektion bevorstehen solle.

Pest, 6. März. Die ungarische Delegation genehmigte heute endgültig den Militärkredit. Die Promulgirung des Gesetzes erfolgt am nächsten Dienstag.

Rom, 6. März. Wie aus Bangkok gemeldet wird, wurde der italienische Gesandte gestern von dem Könige von Siam in feierlicher Audienz empfangen.

Mons, 6. März. Aus dem Kohlenbergwerk von Quaregnon sind bis jetzt etwa 50 Leichen herausgeschafft, ungefähr 100 Leichen befinden sich noch in dem verschütteten Flötz. Der Graf von Flandern war heute mit mehreren offiziellen Persönlichkeiten an Ort und Stelle. Der König ließ unter die Familien der Verunglückten 10,000 Franks vertheilen.

Paris, 6. März. Heute Nacht wurde in Bessege (Depart. Gard) gegen das Verwaltungsgebäude des dortigen Hüttenwerks eine Dynamit-Patrone geschleudert, die mit sehr heftigem Knall explodirte, aber Niemand verletzte. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Paris, 7. März. Nach einem Telegramm der „Agence Havas" aus Giurgewo beträgt die Anzahl der in Sofia verhafteten Personen 24; in Burgas haben 8 Verhaftungen stattgefunden und sollen auch in Philippopel mehrere Verhaftungen und Absetzungen von Offizieren erfolgt sein. In Sofia wäre die Miliz wegen verdächtiger Haltung entwaffnet worden.

London, 7. März. Dem Vernehmen nach wird der bisherige Staatssekretär für Irland, Hicks Beach, Mitglied des Kabinets ohne Portefeuille bleiben.

Der russische Botschafter v. Staal ist hierher zurückgekehrt.